

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 3/21

16. Februar 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

die Debatte um mögliche Lockerungen treibt uns alle um. Die Belastungen für Familien, Junge, Alte, den Kulturbereich, die Wirtschaft und den Handel sind groß. Zwar sinken derzeit die Infektionszahlen. Gleichzeitig wissen wir aber noch zu wenig über die Auswirkungen der Mutationen des Virus. Und auch beim Impfen sind wir noch nicht so weit, wie wir gehofft hatten. Die Entscheidungen, die beim Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung getroffen wurden, machen das deutlich. Wir dürfen nicht aufs Spiel setzen, was wir in den vergangenen Wochen unter großer Anstrengung erreicht haben. Wichtig ist jetzt aber auch, dass wir den Menschen eine Perspektive bieten und das langfristig. Es ist gut, dass wir diese Debatte auch in unserer Fraktion breit führen und uns eng mit den Ländern sowie mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Bereichen austauschen.



Niemand soll in der Pandemie abgehängt werden – schon gar nicht diejenigen, die es ohnehin schwer haben und jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Wir haben deshalb im Koalitionsausschuss vereinbart, den erleichterten Zugang zur Grundsicherung bis Ende des Jahres auszudehnen. Denn es hat sich gezeigt: Die Grundsicherungssysteme sind in diesen schwierigen Zeiten für viele Menschen ein wichtiges Auffangnetz. Wir haben vergangene Woche zudem beschlossen, dass erwachsene Grundsicherungsempfängerinnen und –empfänger einen einmaligen Zuschuss von 150 Euro erhalten. Darüber hinaus erhält jedes Kind einen Kinderbonus von 150 Euro. Das gleicht nicht alle zusätzlichen Belastungen aus, aber es hilft. Dort, wo der Geldbeutel schmal ist, reicht es bei weitem nicht für den Kauf eines Laptops oder eines Druckers, den das eigene Kind für das Homeschooling dringend benötigt. Hierfür hatten wir den DigitalPakt Schule bereits um 500 Millionen Euro aufgestockt. Allerdings sind noch nicht alle bedürftigen Kinder mit entsprechenden Geräten ausgestattet. Damit digitaler Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler möglich ist und nicht am Geld scheitert, hat Hubertus Heil die Jobcenter angewiesen, die Kosten für digitale Endgeräte zu übernehmen – denn die Geräte werden jetzt im Homeschooling gebraucht. (Mehr zu den Beschlüssen des Koalitionsausschusses findet Ihr auf Seite 3.)

Mit Sorge blicken wir nach Russland. Rund 100.000 Menschen sind in den vergangenen Wochen für die Freilassung des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny auf die Straße gegangen. Mehr als 11.000 Menschen wurden verhaftet. Das zeigt: Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit haben immer noch einen schweren Stand in Russland. Und auch den Weg diplomatischer Gepflogenheiten scheint die russische Führung immer mehr zu verlassen. Zu diesem Themen habe ich am Mittwoch in der aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag gesprochen (mehr dazu auf Seite 2).

Viel Spaß beim Lesen!

Mit herzlichen Grüßen

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Rede im Bundestag zu Russland
- Seite 3** — Beschlüsse des Koalitionsausschusses
- Seite 4** — Virtuelle Johannisbeerschorle mit der SPD Emmerthal
 - Virtuelle Johannisbeerschorle mit der SPD Eschershausen
- Seite 5** — Jahrestagung des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität (ENRS)
- Seite 6** — Themenausblick Bundestag
- Seite 7** — BSPC-Seminar zu Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft

Ihr findet mich auch bei :



REDE ZUR AKTUELLEN SITUATION IN RUSSLAND



Ich habe in der Aktuellen Stunde im Plenum zu den aktuellen Entwicklungen in Russland gesprochen. Für jeden, der die Situation in Russland verfolgt, muss sich das Gefühl einstellen, dass wir schon wieder in einer neuen, schwierigeren Phase angekommen sind. Nicht nur die Verhaftung von Alexej Nawalny spricht dafür. Als dieser nach seiner Rückkehr nach Russland und der sofortigen Festnahme zu Protesten aufgerufen hatte, kam es in so gut wie allen größeren und kleineren Städten Russlands zu Kundgebungen. Auch für viele Beobachterinnen und Beobachter war es eher überraschend, dass mit der jüngsten Protestwelle auch in zahlreichen Provinzstädten viele Leute auf die Straße gingen und sich für Bür-

gerrechte und für einen demokratischen Wandel Russlands einsetzten. Das waren keine einzelnen, lokalen oder nur auf Moskau bezogenen Proteste, nein, das waren landesweite Proteste, und so etwas war in Russland in diesem Umfang lange nicht vorgekommen. Nawalny ist nur ein Symbol für diese Protestwelle und nur einer von vielen politischen Gefangenen in Russland. Beispiellos war jedoch leider auch der Einsatz der Sicherheitskräfte, denn so brutal sind sie zuvor selten gegen friedliche Demonstrierende vorgegangen. Dazu gleichen sich die Berichte aus vielen Städten. Das russische Regime geht gegen seine Gegner mit kaum vorstellbarer Gewalt vor. Mittlerweile ist von über 11 000 Verhaftungen die Rede.

Das Vorgehen gegen Nawalny persönlich ist also nur das Symbol für die allgemeine Situation in Russland; er steht symbolisch für viele Tausend Menschen, die auf die eine oder andere Art für ihre politischen Überzeugungen bestraft werden, mit körperlicher Gewalt oder mit Freiheitsentzug. Ich spreche mich für eine europäische Reaktion aus. Eine Kombination aus einheitlicher EU-Strategie, klar fokussierten Sanktionen, einer Fortsetzung des Dialogs über die bestehenden Kanäle und der Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft sehe ich als die richtige Vorgehensweise an.

Die Rede findet Ihr hier auf Youtube: https://www.youtube.com/watch?v=ll2wJUJth_c

ERGEBNISSE DES KOALITIONSAUSSCHUSSES ZU CORONA

Unbürokratische Hilfe für Menschen mit wenig Geld

Die Grundsicherungssysteme in Deutschland haben sich gerade in den schwierigen Zeiten der Pandemie bewährt. Der Koalitionsausschuss hat daher vereinbart, den erleichterten Zugang zur Grundsicherung bis Ende 2021 zu verlängern. Das kommt auch all den Solo-Selbstständigen und Beschäftigten mit kleinen Einkommen zugute.

Der Koalitionsausschuss ist in der vergangenen Woche den Vorschlägen von Bundessozialminister Hubertus Heil gefolgt und hat folgendes beschlossen: Erwachsene Grundsicherungsempfängerinnen und –empfänger erhalten einen einmaligen Corona-Zuschuss von 150 Euro. Der Zuschuss wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Darüber hinaus erhält jedes Kind einen Kinderbonus von 150 Euro.

Familien im Fokus

Schülerinnen und Schüler, deren Familien auf die Grundsicherung angewiesen sind, dürfen in der Corona-Pandemie nicht abgehängt werden. Dafür wurde im vergangenen Sommer der Digital-Pakt Schule um 500 Millionen Euro aufgestockt. Er unterstützt die Länder dabei, Schulen mit entsprechenden Geräten für bedürftige Kinder auszustatten. Aber auch dort, wo das noch nicht flächendeckend umgesetzt ist, muss digitaler Unterricht für alle Kinder möglich sein – und darf nicht am Geldbeutel scheitern. Daher hat Hubertus Heil die Jobcenter angewiesen, die Kosten

für digitale Endgeräte von Schülerinnen und Schülern (Laptops, Drucker etc.) zu übernehmen. So können alle Kinder am Fernunterricht teilnehmen.

Der Koalitionsausschuss hat sich außerdem auf die Auszahlung eines einmaligen Kinderbonus verständigt. Wie bereits im vergangenen Jahr werden Familien 150 Euro pro Kind erhalten – direkt mit dem Kindergeld ausgezahlt. Und damit auch alle Familien etwas vom Kinderbonus haben, wird er nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Für Eltern mit sehr hohen Einkommen wird die Einmalzahlung auf den steuerlichen Freibetrag angerechnet. Das Geld kommt also den Familien zugute, die besonders darauf angewiesen sind. Wegen der Pandemie-Beschränkungen fällt etwa das Schul- oder Kita-Essen weg. Eine Mehrbelastung für Familien, die wir mit dem Kinderbonus abfedern.

Eine weitere Kulturmilliarde

Kunst und Kultur sind ebenso wie die Gastronomie von flächendeckenden Schließungen hart getroffen. Wir wollen sie in ihrer Vielfalt erhalten und bei der Weiterentwicklung unterstützen. Nun wird die gut angenommene Neustarthilfe Kultur mit einer Milliarde Euro zusätzlich ausgestattet. Damit werden Theater, Konzerthäuser, Kinos und Kulturschaffende direkt unterstützt, um Hygienekonzepte umsetzen zu können, aber auch Ideen für neue Veranstaltungsformate zu entwickeln und zu finanzieren.

Gleichzeitig wurde die

„Neustarthilfe für Soloselbstständige“ optimiert: Für die ersten sechs Monate des Jahres 2021 wird ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 ausgezahlt, maximal 7.500 Euro. Schauspielerinnen und Schauspieler sind häufig nicht als Selbstständige tätig, sondern immer wieder kurzfristig bei Theatern oder Filmproduktionen beschäftigt. Sie sind deshalb bisher durch das Netz der Hilfsprogramme gefallen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz konnte nun erreichen, dass die Neustarthilfe auch denjenigen im Bereich der darstellenden Künste hilft, die unständig oder kurz befristet beschäftigt sind.

Steuererleichterungen für die Wirtschaft

Der Koalitionsausschuss hat vereinbart, die Corona-Hilfen für die Wirtschaft auszuweiten: Unternehmen können ihre Verluste in einer Höhe bis zu 10 Mio. Euro mit früheren Gewinnen verrechnen, bei Zusammenveranlagung bis zu 20 Mio. Euro. Der Finanzrahmen wurde verdoppelt, um deutlich mehr Unternehmen zu helfen – und das unbürokratisch. Bisher gelingt es uns vergleichsweise gut, den Mittelstand gut durch die Krise bringen. In der Gastronomie spitzt sich die Lage aber zu: Restaurants sind seit Monaten geschlossen, nur Außerhausverkauf ist möglich. Wir wollen der Branche helfen und verlängern deshalb den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen bis Ende 2022.

VIRTUELLE JOHANNISBEERSCHORLE MIT DER SPD EMMERTHAL



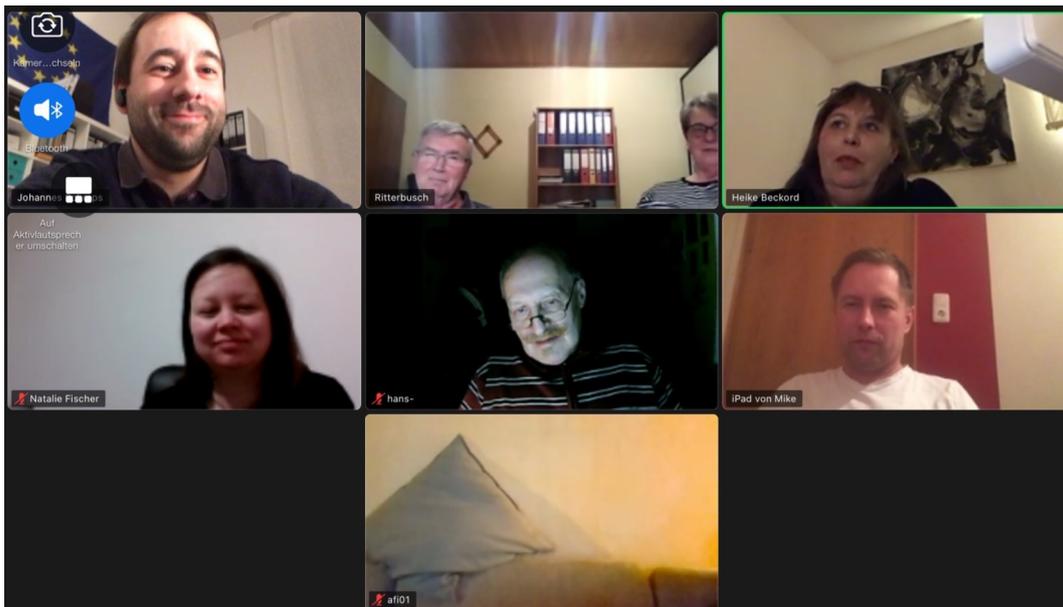
Bürgermeisterkandidat mit dabei. Gesprächsthemen waren beispielsweise die Einbindung der Emmertaler Vereine, Betriebsratsarbeit, die Themen, die der Gemeinde Emmertal gerade auf dem Herzen liegen sowie der Umgang jeder und jedes Einzelnen mit der Pandemie-Situation. Vielen Dank für diesen Austausch! Das war fast wie bei einem Feierabendgetränk, bei dem man

Tolle Gespräche über dieses und jenes bei meiner virtuellen Johannisbeerschorle mit der SPD Emmertal. Insbesondere Em-

mern, Amelgatzen, Welsede und Hämelschenburg waren stark vertreten. Natürlich war mit Dominik Petters unser SPD-

sich mal wieder persönlich trifft. Aber das holen wir nach, sobald es wieder möglich ist. Ich freue mich drauf!

VIRTUELLE JOHANNISBEERSCHORLE MIT DER SPD ESCHERSHAUSEN



der über die eigene Situation in Bezug auf Corona und darüber hinaus berichten konnte. Man merkt immer wieder, dass der persönliche Kontakt uns allen momentan fehlt. Da hilft es, wenn man sich auch mal digital zusammensetzt und über Dinge, die einem auf dem Herzen liegen, spricht.

Noch ein tolles Gespräch kam bei einer virtuellen Johannisbeerschorle mit der SPD Eschershausen zustande. Sowohl kom-

munale als auch bundespolitische Themen wurden dabei angesprochen. Das wichtigste war aber natürlich, dass Jede und Je-

Die Ortsvereine, die sich zwecks einer virtuellen Johannisbeerschorle noch nicht gemeldet haben, dies aber noch möchten, können sich gerne an mein Wahlkreisbüro wenden.

JAHRESTAGUNG DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT

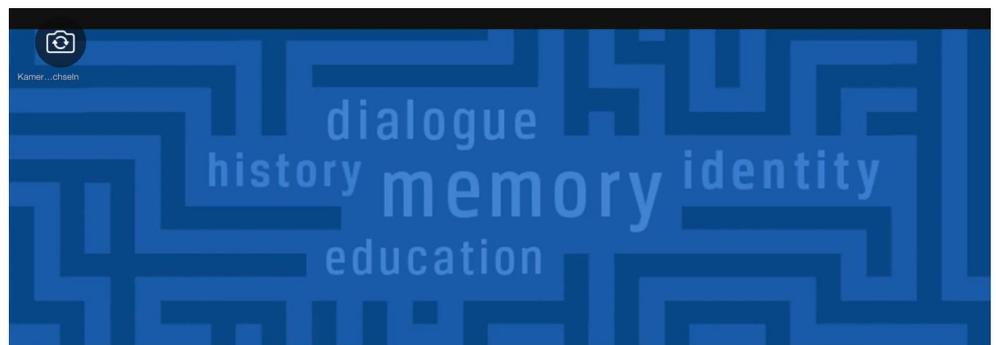


Seit April 2019 darf ich den Bundestag als einer von zwei Abgeordneten im Kuratorium des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität vertreten. Im ENRS (englisch: European Network Remembrance and Solidarity) haben sich zahlreiche europäische Länder zusammengeschlossen, um sich gemeinsam mit der Aufarbeitung der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert auseinanderzusetzen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Netzwerk trägt sehr zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur bei. Dazu fördert das ENRS den Dialog indem es Projekte, Konferenzen, Workshops, Exkursionen und Ausstellungen organisiert. Es geht darum, grenzübergreifende, europäische Ansätze beim Umgang mit Erinnerung und Geschichte zu finden. Für mich steht ganz klar fest: Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten und Verständigung auf einen Umgang mit ihr trägt ganz essenziell dazu bei, das friedliche Miteinander in Europa zu bewahren, welches uns allen ermöglicht, in

diesem lebenswerten Umfeld zu leben. Wir sollten niemals vergessen, dass dies keineswegs so selbstverständlich ist, wie es manchem erscheint. In der vergangenen Woche wollte ich mich eigentlich mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Mitgliedstaaten zur ENRS-Jahrestagung in der polnischen Hauptstadt Warschau treffen. Aufgrund der bekannten Umstände haben wir das Treffen nun digital durchgeführt. Die multi-

perspektivische Open-Air-Ausstellung „After the Great War. A new Europe 1918-1923“ war extrem erfolgreich. Sie hat vielen bei uns in Deutschland die Augen dafür geöffnet, dass der 1. Weltkrieg keineswegs überall von 1914-1918 dauerte, wie uns unsere Schulbüchern lehren. In vielen europäischen Ländern dauerten die Konflikte noch viele weitere Jahre an, sodass dort ein anderer Blick auf diese Zeit vorherrscht. Und auch auf den 2. Weltkrieg blicken viele Länder mit einem anderen Blick als wir. Diese Einsicht über Grenzen hin-

weg zu transportieren ist für das gegenseitige Verständnis ganz wichtig. Die inhaltlichen Schwerpunkte in den kommenden Jahren werden auf „Zwangsmigrationen im Umfeld des Zweiten Weltkriegs“, auf der „Situation von Künstlern in autoritären Systemen“ und auf dem Thema „Versöhnung in Europa“ liegen. Ich bin gespannt und werde diese wichtige Arbeit für die pan-europäische Verständigung weiter eng begleiten.



ENRS Assemblies Meeting 4 February 2021, Warszawa



Push für den Ausbau von Ladesäulen

Elektromobilität ist ein Meilenstein für einen klimafreundlichen Verkehr. Unser Ziel ist, dass bis 2030 in Deutschland sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge unterwegs sind. Dafür brauchen wir jedoch eine Ladesäuleninfrastruktur, die flächendeckend und unkompliziert erreichbar ist. Daher haben wir in 2. und 3. Lesung das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz beraten. Der Entwurf der Koalitionsfraktionen setzt eine EU-Richtlinie um, die eine Ladeinfrastruktur an Wohn- und Nichtwohngebäuden verpflichtend vorsieht. Für den Neubaubereich konnten wir sogar über die Richtlinie hinaus gehen. Künftig gilt: Wenn neue Wohnanlagen mehr als fünf Parkplätze haben, muss jeder Stellplatz mit Strom versorgt werden. Für Quartiere konnten wir pragmatische Lösungen erreichen. Bei Nichtwohngebäuden, zum Beispiel Supermarkt-Parkplätzen, muss ab sechs Stellplätzen jeder dritte Stellplatz mit einer Ladesäule ausgestattet sein. Das heißt, auch die Privatwirtschaft muss in den Ausbau der Leitungs- und Ladeinfrastruktur für Elektromobilität investieren. Für kleine und mittlere Unternehmen haben wir Ausnahmen vorgesehen, wenn die Fläche von ihnen selbst genutzt wird, oder wenn die Kosten für die Lade- und Leitungsinfrastruktur sieben Prozent der Gesamtkosten einer größeren Renovierung überschreiten.

Nachholbedarf bei Digitalisierung in Schulen

Der Nationale Bildungsbericht 2020 bestätigt die Erfahrungen der vergangenen Monate: Um die Digitali-

sierung in Schulen ist es in Deutschland eher schlecht bestellt. Alle zwei Jahre informiert der Nationale Bildungsbericht über den Stand des deutschen Bildungssystems.

Dem Bericht zufolge ist das deutsche Bildungssystem durchlässiger geworden, Durch- und Umstiege von der beruflichen in die akademische Bildung und umgekehrt werden somit immer selbstverständlicher. Gleichwohl prägt der soziale Hintergrund noch immer den Bildungserfolg von Menschen. Ebenso besorgt die Bildungsexpertinnen und -experten: Immer mehr Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Kritisch sehen die Expertinnen und Experten auch die digitale Ausstattung: Während an Hochschulen und im Bereich der Weiterbildung digitale Medien regelmäßig zum Einsatz kämen, bestehe vor allem an Schulen Handlungsbedarf. Gleichzeitig bescheinigen die Expertinnen und Experten einen hohen Qualifizierungsbedarf von Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern in digitalen Anwendungen. Das Corona-bedingte Distanzlernen hat nach ihrer Ansicht bekräftigt, dass Schulen nicht nur der Wissensvermittlung dienen, sondern für Schülerinnen und Schüler wichtige Orte des sozialen Miteinanders sind.

NS-Begriffe aus Gesetzestexten streichen

Das Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 5. Januar 1938 stammt noch aus der NS-Zeit, gilt aber weiterhin als Bundesrecht. Der Gesetzestext enthält einige überholte sprachliche Bezüge zum ursprünglichen Reichsrecht, wie zum Beispiel „Reichsminister des Innern“. Diese

historischen Begriffe sollen jetzt aus dem Gesetzestext entfernt werden, ohne dabei das geltende Recht zu ändern. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen haben wir letzte Woche abschließend in 2. und 3. Lesung beraten.

Bundeswehreinsetzung im Südsudan (UNMISS)

Auch zehn Jahre nach der Unabhängigkeit hat der Südsudan keinen Frieden gefunden und bleibt auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Zwar haben sich die Bürgerkriegsparteien im September 2018 auf ein Friedensabkommen geeinigt, das zu einer gewissen Beruhigung der Gewalt im Land beigetragen hat. Die Sicherheitslage bleibt jedoch aufgrund von ethnischen Konflikten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung weiterhin fragil. Zudem sind von den rund zwölf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes noch immer über sieben Millionen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Sechs Millionen Menschen leiden unter der Nahrungsmittelknappheit. Die Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (United Nations Mission in the Republic of South Sudan, kurz: UNMISS) zielt darauf ab, die Zivilbevölkerung zu schützen, den Frieden zu sichern und den Weg freizumachen für Wahlen in 2022. Hierfür stellt die Bundeswehr Einzelpersonal in Führungsstäben der Mission sowie Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffiziere bereit. Die Truppenobergrenze liegt bei 50 Soldatinnen und Soldaten. Auf Antrag der Bundesregierung soll das Mandat bis zum 31. März 2022 verlängert werden.

SEMINAR DER OSTSEE-PARLAMENTARIERKONFERENZ ZU DEMOKRATIE IN EINER SICH VERÄNDERNDEN MEDIENLANDSCHAFT



In der vergangenen Woche fand ein Seminar im Rahmen der Ostsee-Parlamentarierkonferenz statt. Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten anderer Ostsee-Anrainer habe ich über die Bedeutung von Sozialen Medien für die Demokratie gesprochen. Ich habe als Vizepräsident der BSPC das erste Panel zum Thema „Digitale Demokratie: Herausforderungen und Möglichkeiten“ moderiert. Ich freue mich, dass wir dabei eine sachliche und bereichernde Diskussion führen konnten. Das Thema ist für alle Länder momentan gleichermaßen aktuell und da lohnt sich internationaler Austausch ganz besonders.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein,
Dr. Irina Knyazeva